

Ferdinand Lühring begrüßt Redner, Presse und Gäste. Es gehe um kommunale Daseinsvorsorge. Welche Grundversorgung mit Gas, Wasser, Strom, W-Lan und was noch sei das? Die Wirtschaft brummt, gleichzeitig stünden viele Gemeinden vor dem finanziellen Kollaps. Die Gemeinden erfahren zusätzliche Belastungen – woher kommen sie?

Gast heute ist Herbert Schmalstieg. Jüngster OB einer deutschen Großstadt, 34 Jahre von 1972 bis 2006 ununterbrochen OB von Hannover, seit 2007 Ehrenpräsident des Nds. Städtetages und Ehrenmitglied des Dt. Städtetages.

Und Gast heute ist Uwe Sternbeck, Bürgermeisterkandidat der SPD, Diplom-Verwaltungswirt, der schon in der Bezirksregierung gearbeitet hatte, bevor er 2004 Bürgermeister von Neustadt wurde.



Ferdinand Lühring, Uwe Sternbeck und Herbert Schmalstieg (von li)

Herbert Schmalstieg sei gerne nach Schneeren gekommen.

1. weil sich 1974 über 200 Städte und Gemeinden aus vier Landkreisen sich zusammengeschlossen haben. Das war einzigartig in Deutschland. Er werde oft eingeladen, darüber zu berichten, weil die Menschen sich hier verstehen, weil die Politik hilft, dass große und

kleine Gemeinden sich auf Augenhöhe begegnen. 2. weil er Uwe Sternbeck seit vielen Jahren kennt. Er wollte schon 2004 Wahlkampf für Uwe machen, aber die Grünen hätten sich nicht getraut und die SPD wäre wohl sauer geworden. Er kenne Uwe aus der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister und aus der Arbeit des Städtetages. „Uwe Sternbeck hat dort einen guten Namen!“ Schmalstieg hofft, dass Uwe gewinnt. „Jeder Bürger soll von seinem Wahlrecht Gebrauch machen“, ruft Schmalstieg auf, besonders weil der 2. Wahlgang abgeschafft worden ist.

Auf dem Parteitag der Grünen im Februar habe er schon gesprochen. SPD und Grüne hätten so viele Berührungspunkte. Seit mehr als zwei Jahrzehnten arbeiteten beide in der Landeshauptstadt zusammen.

Thema heute sei aber die Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Gemeinde ist das Wichtigste im Staatsaufbau. „Ohne die Städte ist kein Staat zu machen.“ Entscheidungen auf EU- oder Bundesebene funktionieren nicht, wenn die Gemeinden nicht so ausgestattet sind, dass sie gut arbeiten können. ÖPNV, soziale Verhältnisse, Kultur, Solidarität, das Verhältnis Behinderte/Nichtbehinderte, von Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund – vieles wird in der Gemeinde gestaltet.

1946 gab es die ersten freien, geheimen und gleichen Wahlen in Deutschland: Zu den Gemeinderäten und Kreistagen, und zwar lange, bevor die Bundesländer eingerichtet wurden. Es darf nicht sein, dass wir behandelt werden wie das 5. Rad am Wagen. Bund und Land beschließen heutzutage Gesetze, und die Städte und Gemeinden müssen das ausbaden (Verstoß gegen das „Konnektivitätsgesetz“). Art. 28 (2) des Grundgesetzes stellt die kommunale Selbstverwaltung fest. Ohne geeignete Rahmenbedingung können die Gemeinden ihrem Verfassungsauftrag aber nicht gerecht werden.

Wir müssen versuchen, vorausschauende Kommunalpolitik zu organisieren. Die Bevölkerung nimmt ab, die Leute werden älter, es wird weniger Erwerbstätige bis 2050 geben (von 35 Mio. auf 25 Mio.), dann werden wir mehr als vier Mal so viele über 80 Jährige haben, mehr Pflegebedürftige und die Großfamilie gibt es nicht mehr.

Wir müssen uns umorganisieren und umstellen – auch in den kleineren Städten und Gemeinden und in den Ortsteilen. Kommunalpolitik muss sich intensiver mit dem Demografischen Wandel auseinandersetzen – und ebenso mit den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Willy Brandts Wort „Mehr Demokratie wagen“ gilt auch heute. Mehr Bürgerbeteiligung und –entscheidung sei notwendig, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Gerade in der kommunalen Demokratie muss mehr geschehen.

Kommunen brauchen aber auch eine vernünftige Finanzausstattung. FDP/CDU greifen die Gewerbesteuer immer wieder an, aber die Gemeinden brauchen sie, sonst wird den Städten der Garaus gemacht. Denn durch andere Steuern kann die Gewerbesteuer nicht ausgeglichen werden. Warum soll VW keine Steuer zahlen, aber alle Arbeitnehmer?

Das Haushaltsdefizit aller Gemeinden beträgt 7,5 Mrd. Euro und die Kassenkredite betragen rund 40 Mrd. Euro. Das muss verändert, die Finanzausstattung verbessert werden.

Öffentliche Daseinsvorsorge, das ist das, was wir in den Städten und Gemeinden vorhalten für das tägliche Leben der Menschen. Das Thema war zu lange ideologisch besetzt. Aber Privatisierung oder nicht ist hier nicht die Frage. Aufgrund Art. 28 GG entscheiden die Gemeinden selbst, ob sie manches öffentlich oder privat machen.

Ende des 19. Jahrhunderts wurden beispielsweise Abwasserbeseitigung und ÖPNV von den Städten eingeführt. Die Arbeiter mussten zu den Fabriken kommen, und die Abwässer ordentlich beseitigt werden.

Aber, warnt Schmalstieg: „Wenn privatisierte Leistung nicht funktioniert, kommen die Leute zum Bürgermeister.“ Egal, ob der dafür verantwortlich ist.



Thema Strom: die vier Monopolisten halten 80 % des Marktes. Das muss sich ändern, weil Private nur auf Profite achten. Kommunale Stadtwerke müssen gestärkt werden. Und auch die Quersubventionierung muss für die Daseinsvorsorge erlaubt sein. Eon interessiert sich nicht für Klimaschutz, die Stadtwerke (Hannover) tun es. Öffentliche Sparkassen unterstützen auch Kultur, Sport und Soziales. Das Schloß Landestrost zum Beispiel – Uwe Sternbeck hat sich sehr darum gekümmert. Und die Sparkassen geben auch armen Leuten ein Konto, andere Banken nicht. Oder im Wohnungsbau: In Berlin wurden 75.000 öffentliche Wohnungen verkauft. Jetzt steigen die Mieten ständig, und der Private geht an die Börse. Es waren gute Ent-

scheidungen gegen die Privatisierung von Wohnungen in Freiburg (ein eindeutig ausgefallener Bürgerentscheid brachte den OB Salomon auf die Spur). Leipzig wollte alles verkaufen, auch hier waren 87 % der Bürger dagegen.

Und öffentliche Einrichtungen sind auch Dorfgemeinschaftshäuser, Krankenhäuser wie das Klinikum Region Hannover in Neustadt.

Und schließlich das Thema Bildung und Ausbildung, bei dem die Gemeinden gefragt sind. Dass 2 Mio. Kinder in Deutschland in Armut leben, ist eine Schande, ein Skandal. Schmalstieg ist für die Kitapflicht ab dem 2. Lebensjahr, weil da die Grundlagen gelegt werden. Das Recht auf einen Platz gilt ab 2013 ab dem 3. Lebensjahr, doch 280.000 Plätze fehlen schon heute. Und das Geld des Bundes für Kitaplätze ist bei den Ländern versickert.

Schmalstieg bekräftigt, wir, die Gemeinden, sind die eigentliche Basis.

Schließlich kommt er kurz auf seine Lieblingsthemen zu sprechen. Bei allem Reichtum bei uns müssten wir auch abgeben an die 3. Welt. Die Erfüllung der Millenniumsziele bis zum 1.1.2015 wird große Anstrengungen erfordern.

Schneeren sei, so habe er draußengelesen, „die grüne Perle im Neustädter Land“. Wenn die Leute klug sind, behalten sie die grüne Perle Schneeren und den grünen Bürgermeister Sternbeck.

Fragen zum Generationenvertrag, zur Energiepolitik hat ein Gast Konkretes erwartet.

Schmalstieg: Wer Patentrezepte empfehle, sei nicht ehrlich. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, dass die Menschen Kinder haben wollen, in der Bildung usw. Wir brauchen ein ganz anderes Bewußtsein für die Möglichkeit Kinder zu bekommen, Familie zu gründen und ausreichendes Einkommen zu erzielen, dass man im Beruf nicht benachteiligt wird, wenn man Kinder hat. Und wie wird unsere Erde überleben? Wird es Kriege geben? Wie wird die Ernährung funktionieren, wie wird das mit Flüchtlingen und dem sogenannten Ausländerrecht?

Wir müssen Werte vermitteln in der Politik.

Zur Energiepolitik: Die Regierung hat die Laufzeiten verlängert, die Endlagerung ist ungelöst. Die großen Stromversorger haben keine Pläne, Ideen oder Konzepte, wie in regenerative Energien investiert und ihr Anteil erhöht werden kann. Stadtwerke haben das, deshalb sollen auch da Stadtwerke gegründet werden, wo es noch keine oder keine mehr gibt (Hamburg und Kiel wollen).

Frage: Wirtschaft beruhe auf Wachstum, wenn Wachstum, dann Wohlstand, wenn kein Wachstum, dann mehr Armut. Was kann man da tun (Demografischer Wandel)?

Schmalstieg: Deutschland ist ein Exportland, und wir leben in Europa. Wir müssen Bildung und Wissen entwickeln, um exportstark zu bleiben. Wenn die Bevölkerung tatsächlich schrumpft, muss das Land attraktiv für Einwanderer werden – aber wie, wenn wir sie derzeit so behandeln? Es gibt genug Knowhow und genug Produkte, die wir international verkaufen können. Hinweis auch darauf, dass auch die ökologischen Folgen des Wachstums beachtet werden müssen.

Uwe Sternbeck beschreibt aus seiner Sicht Perspektiven und Probleme der Daseinsvorsorge in einer flächengroßen Stadt.

Er habe das blaue Buch dabei – daran sei zu erkennen, dass er als Bürgermeisterkandidat und nicht als Amtsinhaber hier sei.

Daseinsvorsorge ist klassisch das „Vorhalten“ von Straßen, öffentlichen Einrichtungen (Gebäuden) und Leitungen. Das DIFU hat allein für die Leitungen einen Erhaltungsrückstand von 750 Mrd. Euro errechnet. Im Einzelnen:

Straßen: Neustadt habe hier viel getan, u.a. mit einem Straßenmanagement. Derzeit werde wieder eine Bestandsaufnahme gemacht (Bereisung). Es gebe auch noch Schotterwege und kaputte Straßen, doch das falle weniger auf, weil die Landesstraßen daneben noch kaputter seien.

Gebäude: Das sind Schulen, die Verwaltungsgebäude (das jüngste sei 50 Jahre alt), 31 Feuerwehrstandorte. In der Kernstadt muss jetzt entweder neu gebaut oder geschlossen werden.

Keine Ortsfeuerwehr sage, ihre Anlage sei toll, nur die Schneereiner hätten selbst gebaut.

Leitungen: Neustadt hat mehr Abwasserpumpen als Hannover. Weil jedes Haus angeschlossen sei und aus 357 km² alles in drei Kläranlagen gepumpt werde. Problematisch werde es, wenn weniger Leute weniger Abwasser erzeugt, dann müssen die Leitungen gespült werden.

Neue Aufgaben von „oben“: Bis 2015 müssen wir alle Abwasserleitungen auf Dichtigkeit prüfen. Soviele Firmen, die das leisten können, gibt es bundesweit garnicht.

Ausbau von Kinderbetreuung und Bildung: Ist im Neustädter Land dank erheblicher kommunaler Anstrengungen gut entwickelt. Und wird in Zukunft etwas leichter, wenn es weniger Kinder gibt. Damit gibt es aber auch mehr Alte, wird die Versorgung mit Ärzten, Apotheken usw. in der Fläche schwieriger.

Diese Entwicklungen muss man sehen und kommunizieren, sagt Sternbeck optimistisch. Die Menschen hier können und wollen eine Menge Dinge hinbekommen. Das erlebe er immer wieder bei der Dorfbereisung und anderen Anlässen. Die Stadt muss hier kommunikativ helfen, mehr gegenseitige Hilfe möglich zu machen.

Kommunikation mit der Verwaltung: Eine Verwaltungsaußenstelle gebe es noch, aber für die ganze Stadt müsse ein mobiles Bürgerbüro kommen (spontaner Applaus).

Kommunikation sei auch Technik, meint Sternbeck. Deshalb werde auch das DSL-Netz ausgebaut. Nicht auf einem Superstandard, aber mit akzeptabler Leistungsfähigkeit.

Ehrenamtliches Engagement: Sternbeck lobt das Freiwilligenzentrum, das gibt es in der Kernstadt und kann für Neustadt eine Menge vernetzen. Zum Beispiel ganz neu die Kultur.

Pflege: Mit der Region werde über einen Pflegestützpunkt verhandelt, das sei schwierig. Aber eine Pflegeberatung muss in Neustadt aufgebaut werden.

ÖPNV: Neustadt hat einen relativ guten ÖPNV. Obwohl der ÖPNV in Hannover angebotsorientiert sei und in Neustadt als Daseinsfürsorge. Der ÖPNV beruhe in Neustadt aber auf dem Schülerverkehr. Wenn das weniger wird, was dann? Vor allem, weil der ÖPNV in Zukunft noch wichtiger wird (geringe Einkommen, mehr Alte, ...)

Großfamilien werden seltener. Das bringt Probleme beim Wohnen. Oft sind die Häuser oder Wohnungen zu groß, kleine Wohnungen, gar in den Stadtteilen, fehlen wiederum. Hiermit muss sich die Stadtplanung auseinandersetzen.

Energieperle der Region Hannover: Ein schöner Titel, doch weitere Verbesserungen sind möglich und nötig. Sternbeck wünscht sich, dass die Bürger bei den Stadtwerken auch den Strom kaufen können, der in Neustadt erzeugt wurde.

Frage zur Zulassung von Ärzten

Schmalstieg: Man muss Anreize vom Staat schaffen, ansonsten gilt die Berufsfreiheit für Ärzte wie für Apotheken. Aber ein Arzt alleine könne auch nicht in der Großstadt arbeiten, da gibt es Praxisgemeinschaften mit anderen Ärzten und anderen medizinischen Berufen.

Sternbeck: Medizinische Versorgung beginne mit der Zahl der Studienplätze. Seine Söhne hätten wohl Interesse am Medizinstudium. Aber die Fähigkeiten eines Mediziners hingen doch nicht von einem Abi mit 1,0 ab (spontaner Applaus).

Frage zu Windkraftwerken, ob Stadtwerke sich beteiligen würden?

Sternbeck: Die meisten Windkraftanlagen seien private. Aber er meint, die Stadtwerke müssten hier mehr tun als bisher (nur Ökostrom anbieten). Technisch sei es aber schwierig, den Strom ins Endverbrauchernetz einzuspeisen, da Windkraftanlagen inzwischen Mittel- bis Hochspannungsstrom lieferten.

Frage zur langfristigen Abschaffung der Kitagebühren

Sternbeck meint, wenn eine Kitapflicht ab dem 2. Lebensjahr bestehe, werden auch die Kita-Gebühren fallen. So wie in der Schule/Schulpflicht.

Schmalstieg: Wir müssen Bildungspolitik aus einer Hand machen, und nicht das Duelleinander wie heutzutage. Bildungspolitik, die ab dem 2. Lebensjahr beginne und vom Staat finanziert werde. Das entlaste die Gemeinden gehörig.

Frage Gratisstudium, aber Kitagebühren. Das sei Blödsinn. Wenn Studiengebühren, dann damit Kitaplätze finanzieren ... (Manfred Korte)